**Gespräch mit dem Kreistagsabgeordneten Anton J. Rummel bezüglich der Kreistagssitzung am 4. Mai 2015 in der Gemeinde RASDORF und Herrn Thomas Wisotzki :**

T**W: Herr Rummel, Ihrem Berichtsantrag vom 3. Februar 2015 wurde nicht stattgegeben. Wie ist dies möglich bzw. um was ging es überhaupt?**

AJR: Bei Berichtsanträgen gem. § 18 IV der Geschäftsordnung des Landkreises Fulda ist es nötig,

dass diesem Antrag das Kreisparlament mehrheitlich stattgibt. D.h. die Mehrheit der Abgeordneten

müssen die Beantwortung meiner Fragen zuvor genehmigen. Ich hatte Fragen zum Asylbewerber-prüfverfahren gestellt. Diese Fragen durften seitens des Kreisausschuß aber nicht beantwortet werden, da das Parlament einheitlich (außer meiner Stimme) die Genehmigung hierzu verweigert hat.

**TW: Welche Fragen hatten Sie denn nun genau gestellt?**

AJR: Ich hatte gefragt, wie viele der Asylbewerber von 2014 sich denn nun in einem Asylbewerberprüfverfahren befinden und wie viele hierauf noch warten. Ferner, ob es denn bereits

erste Ergebnisse gibt, ob die Asylbewerber abgelehnt wurden oder nicht.

**TW: Warum haben Sie gerade diese Fragen gestellt?**

AJR: Wir haben in Deutschland Fälle, wo die Asylbewerberprüfverfahren 15 Jahre und mehr gedauert haben und zusätzlich haben wir in Gießen, der Anlaufstelle für den Landkreis Fulda,

was die Asylbewerberprüfverfahren betrifft, das Problem, dass infolge der Flut von Anträgen,

es tausende von Asylbewerbern gibt, welche seit Monaten darauf warten, damit sie überhaupt in

das Asylbewerberprüfverfahren eintreten können. Ferner ist es so, dass abgelehnte Asylbewerber

zu 100 % von dem Landkreis bezahlt werden müssen, in dem sie sich gerade befinden. Damit wir

politisch Druck gegenüber dem Land Hessen und vor allem Berlin aufbauen können, brauchen wir zuvor statistisches Material wie die Dinge vor Ort laufen. So kann es nicht sein, dass Berlin eine

Asylpolitik betreibt, die das Land Hessen und der Landkreis Fulda bezahlen muss. Hier geht es um Millionen an Euro pro Jahr, die allein der Landkreis Fulda verliert. Ansonsten wird im Landkreis

um jeden Cent gekämpft, wenn es um Interessen der Landkreisbevölkerung geht, doch hier scheint

es keine Rolle zu spielen, wenn der Landkreis sich deshalb weiter verschulden muss. Dies gehört laut angeprangert, zumal die meisten Asylbewerber nach dem bisherigen statistischen Material

zu über 75 % sowieso keine politischen Flüchtlinge, sondern in erster Linie Menschen, die sich ein

wirtschaftlich schöneres Leben im Landkreis Fulda erhoffen. Diesen Asylmißbrauch gilt es zu beenden. So kostet uns ein Asylbewerber ca. 800,- € plus freie Heilfürsorge pro Monat, mehr

wie ein Rentner zurzeit durchschnittlich im Landkreis Fulda Rente bekommt.-

Dies ist nicht möglich, wenn man wie alle meine Kollegen, den Kopf in den Sand stecken

und gegen die Einbringung meiner kommunalverfassungsrechtlich berechtigten Fragen stimmen.

**TW: Können Sie da nichts machen?**

AJR: Juristisch nicht. Als Republikaner läge mir es auch fern die Entscheidung des Parlaments als einer der vier Säulen der Gewaltentrennung, juristisch niederzumachen. (Im Stadtparlament musste ich mich schon juristisch gegen Einzelpersonen erwehren und hatte dabei Erfolg!) Ich kann aber über das Internet, als "neue vierte Säule unserer Staatsgewalt" (natürlich nicht in der Fuldaer Zeitung, die unterliegt der Zensur durch Herren wie z.B. dem des Österreichers Herrn Rudolf Lechner) versuchen Bürger zu informieren und so dennoch politischen Druck aufbauen.

**TW: Sie sagten, dass alle Kolleginnen des Kreistages gegen die Einbringung Ihrer Fragen**

**stimmten. War denn nicht wenigstens einer dabei, der sich wenigstens der Stimme enthielt?**

AJR: Nein, im Gegenteil. Kurz vor der Einbringung obigen Antrages meinte ausgerechnet der "Liberale" Mario Klotsche er müsste mich mit der Faschismuskeule niedermachen, als ich gegen die Falschbehauptungen des Grünen Schönberger zur Windkraft anging. Ich finde dies

bemerkenswert, weil es zeigt, dass es vollkommen wurscht ist, ob Sie nun FDP, Linke, SPD, CDU oder Grüne wählen, da diese in wichtigen Dingen der Daseinsvorsorge der Bevölkerung bei Abstimmungen versagen, so wie die Mitglieder in der Volkskammer der ehemaligen DDR. Dort hießt es "nationale Front" bei uns vielleicht Fraktionszwang. Wir haben ja bei Herrn Bundestagsabgeordneten Martin

Hohmann gesehen, wie dies abläuft. Bei Herrn Klotsche kommt jedoch hinzu, dass er angesichts der Kommunalwahl März 2016 sich versucht mit dieser Methode sich auf Kosten anderer zu profilieren, um weiterhin politisch profitieren zu können. Schade um die FDP als Oppositionspartei!

**TW: Sie sagten, dass alle Kolleginnen des Kreistages gegen die Einbringung Ihrer Fragen**

**stimmten. War denn nicht wenigstens einer dabei, der sich wenigstens der Stimme enthielt?**

Herr Wisotzki ich schlage vor, das Interview zu beenden, da wir dem Bürger für heute nun genügend an Informationen geliefert haben.

**TW: Ich danke für das Interview!**